

Gemeinde Glandorf

Glandorf, den 20.03.2025

**N i e d e r s c h r i f t**  
**02/FWFA/017/2025**

**über die öffentliche Sitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderungs- &  
Feuerwehrausschusses**  
am **Mittwoch**, den **05.02.2025**, von **19.30 Uhr** bis **21.02 Uhr**  
im **Sitzungssaal des Rathauses Glandorf, Münsterstr. 11, 49219 Glandorf**

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Marius Pabst

Mitglieder

Andreas Auf der Landwehr

Sebastian Gottlöber

Heinrich Jankrift

Willi Micke

Michael Twyhues

Andreas Vennemann

beratendes Mitglied

Frank Andiel      Gemeindebrandmeister

Bürgermeister

Torsten Dimek

Protokollführer

Dirk Schmalstieg

Gäste:

Herr Laumann von der Freiwilligen Feuerwehr

Herr Tran von der NOZ

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

4. Feststellung der Tagesordnung
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderung- & Feuerwehrausschusses Nr. 02/FWFA/016/2024 vom 10.12.2024
6. Bericht der Feuerwehr
7. Bericht der Kämmerei
8. Wirtschaftsplan 2025 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 02/570/2025
9. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2024 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 02/572/2025
10. Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung 2025 durch die Verwaltung - Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 02/569/2025
11. Änderungsanträge zum Haushalt 2025 aus den vorhergehenden Fachausschüssen
12. Änderungsanträge der Fraktion und Gruppen zum Haushaltsplan 2025 Bereich Finanzen-, Wirtschaftsförderung & Feuerwehr - Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 02/568/2025
13. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2025 - Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 02/571/2025
14. Anfragen und Anregungen
15. Schließung der Sitzung

#### **1. Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Marius Pabst eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderung- und Feuerwehrausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

#### **2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Ausschussmitglieder fest.

#### **3. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit wird durch den Ausschussvorsitzenden Pabst festgestellt.

#### **4. Feststellung der Tagesordnung**

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben. Ausschussvorsitzender Pabst stellt die Tagesordnung fest.

## 5. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz, Wirtschaftsförderung- & Feuerwehrausschusses Nr. 02/FWFA/016/2024 vom 10.12.2024**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderung- und Feuerwehrausschusses Nr. Nr. 02/FWFA/016/2024 vom 10.12.2024 liegt allen Ausschussmitgliedern vor. Gegen Form und Inhalt werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

## 6. **Bericht der Feuerwehr**

Gemeindebrandmeister Andiel berichtet über den aktuellen Stand der Gemeindefeuerwehr, beginnend mit den Mitgliederzahlen: 92 aktive Kameraden, 42 Mitglieder in der Alters- und Ehrenabteilung und 11 in der Jugendfeuerwehr. Er erwähnt die Gründung der Abteilung Feuerwehrsaniäter und die Aufnahme von zwei Saniätern, die nicht Mitglied der Einsatzabteilung sind. Die Feuerwehr verzeichnete insgesamt 109 Einsätze, darunter 32 Brandeinsätze und 52 technische Hilfeleistungen.

Ein Anstieg kleiner Brände, vermutlich aufgrund von Brandstiftung, wird festgestellt. Die Feuerwehr appelliert an die Bürger, auf ihre Papiermülltonnen aufzupassen.

Gemeindebrandmeister Andiel informiert weiterhin über die Anschaffung eines neuen Fahrzeugs, das LF 3000, und die bevorstehende Übergabe eines weiteren Fahrzeugs, das LF Kat-schutz. Er spricht über personelle Veränderungen in der Feuerwehrführung und die anstehenden Wahlen für die Amtszeiten der Ortsbrandmeister und Stellvertreter.

Zur First Responder-Ausbildung berichtet Gemeindebrandmeister Andiel von den bevorstehenden theoretischen und praktischen Prüfungen. Er hebt die Notwendigkeit einer Satzungsänderung hervor. Diese ist erforderlich, um die Abteilung Feuerwehrsaniäter offiziell zu verankern und den Versicherungsschutz zu gewährleisten. Er lobt die Kooperation mit dem Malteser Hilfsdienst Glandorf und kündigt ein Treffen zur Klärung der zukünftigen Ausrichtung der Kooperation an.

Gemeindebrandmeister Andiel kündigt an:

- Jahreshauptversammlung am 07.02.2025 in der Gaststätte Zurborn
- Gemeindeübung mit Umwelteinheit, IUK und FZ Spüren und Messen von der Kreisfeuerwehr am 12.06.2025
- Die Fahrzeugsegnungen für das TLF 3000 und das LF Kat-S finden statt, sobald die Fahrzeuge geliefert werden.
- Teilnahme am Parkfest in Glandorf-Ohio mit voraussichtlich 13 Kameradinnen und Kameraden.
- Ausblick auf das hundertjährige Jubiläum der Ortsfeuerwehr Glandorf in 2026

Kurze Fragen zu den Themen aus dem Bereich der Ausschussmitglieder werden während des Vortrags beantwortet.

## 7. **Bericht der Kämmerei**

Fachdienstleiter Schmalstieg präsentiert den Bericht der Kämmerei und gibt einen Überblick über die vorläufigen Steuerzahlen per 31.12.2024.

Die Grundsteuer A und B sind per Saldo etwas höher als im Plan. Bei der Gewerbesteuer sind mit rund 4,7 Mio. € auch in diesem Jahr nochmals deutlich höhere Einnahmen als geplant (4,0 Mio. €) erzielt worden.

Die realisierten vorläufigen Einkommens- und Umsatzsteueranteile sind ebenfalls leicht über dem Plan. Die Vergnügungssteuer und Hundesteuer entsprechen nahezu exakt den Erwartungen.

Die Jahresabschlüsse der AGG/GWG für 2024 werden im Frühjahr aufgestellt und im Sommer geprüft. Die Prüfung des Jahresabschlusses des Kern-haushalts soll dann ebenfalls stattfinden, wobei noch kein exakter Termin festgelegt wurde.

Das Hallengartenbad Glandorf ist seit dem 01.02.2025 Hansefit-Verbundpartner. Jeder Check-In eines Hansefitmitgliedes wird dabei vergütet. Parallel wurde ein Vertrag mit Hansefit abgeschlossen, der Mitarbeitenden der Gemeinde Glandorf Firmenfitness ermöglicht.

FDL Schmalstieg präsentiert die Besucherzahlen und die Einnahmen des Hallengartenbades und berichtet über ein erfolgreich durchgeführtes Ferienprogramm sowie ein gut besuchtes „Candlelightschwimmen“ am 20.12.2024.

Die Personalsituation im Hallenbad ist nach wie vor angespannt, da die Stelle „Fachangestellte für Bäderwesen“ noch nicht besetzt werden konnte und nur Aushilfen zur Verfügung stehen.

Ausschussmitglied Twyhues stellt die Frage zur Vergütung und Einstufung von Fachkräften im Vergleich zu größeren Kommunen. Könnte dies ein Grund dafür sein, Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stelle zu haben.

Bürgermeister Dimek antwortet, dass hier wohl der Fachkräftemangel das Hauptproblem sei. Die Vergütung stellt nicht das entscheidende Hindernis dar. Er weist darauf hin, dass Teilzeitkräfte bis voraussichtlich Ende April verfügbar sind, aber Vollzeitkräfte schwer zu finden sind.

Weitere Fragen seitens der Ausschussmitglieder bestehen nicht.

## **8. Wirtschaftsplan 2025 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung** **Vorlage: 02/570/2025**

Bürgermeister Dimek erklärt, dass der Wirtschaftsplanentwurf erst kürzlich verteilt wurde, da Fachdienstleiter Schmalstieg derzeit intensiv in IT-Aufgaben gebunden ist.

Bürgermeister Dimek berichtet von merklichen Schwierigkeiten aufgrund des Fehlens eines IT-Administrators seit einem dreiviertel Jahr. Er hebt hervor, dass Herr Schmalstieg neben seinen regulären Aufgaben auch die des IT-Bereichs wahrnimmt. Er würdigt die Übernahme der Doppelbelastung und dankt Herrn Schmalstieg für sein Engagement. Dem schließen sich die Ausschussmitglieder an.

Zum Hintergrund informiert Bürgermeister Dimek über den laufenden Serverwechsel zur Itebo und die damit verbundenen Herausforderungen.

Die Einstellung des neuen IT-Administrators wird zum 01.04.2025 erhofft  
(*Nachrichtlich: die Einstellung erfolgt zum 01.07.2025*).

Fachdienstleiter Schmalstieg bietet an, den Wirtschaftsplan zu erläutern. Ausschussvorsitzender Pabst befragt hierzu den Kreis der Anwesenden. Seitens der Ausschussmitglieder ist eine weitere mündliche Erläuterung über die Vorlage hinaus nicht erforderlich.

Anschließend geht der Ausschussvorsitzende Pabst direkt zum Beschlussvorschlag über und lässt hierüberabstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Wirtschaftsplan 2025 für die Gemeindewerke Glandorf wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:****Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0****9. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2024 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung****Vorlage: 02/572/2025**

Eine weitere Beratung erfolgt nicht.

Ausschussvorsitzender Pabst stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Das Büro Klein & Mönstermann wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2024 der Gemeindewerke Glandorf beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:****Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0****10. Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung 2025 durch die Verwaltung - Beratung und Beschlussfassung****Vorlage: 02/569/2025**

Fachdienstleiter Schmalstieg stellt die Vorschläge zur Verbesserung des Jahresergebnisses sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite anhand der vorgelegten Tabelle (**Anlage 3**) vor.

Auf der Ertragsseite wird als erste Position eine Erhöhung des Ansatzes für Windenergie um 50 T€ aufgrund einer überarbeiteten Schätzung vorgeschlagen.

Bürgermeister Dimek führt zur Wohngelderstattung aus und erklärt, dass aufgrund einer neuen Regelung des Landes Niedersachsen die Erstattung erhöht werden konnte. Er betont, dass die Anzahl der Fälle pro Sachbearbeiter pro Jahr von ursprünglich 300 auf 180 reduziert wurde, was zu einer höheren Erstattung führt.

Fachdienstleiter Schmalstieg führt weitere Vorschläge der Verwaltung aus, darunter ein Zuschuss für das Jugendzentrum (Zuschuss Jugendpower).

Ausschussmitglied Micke fragt nach der Herkunft des Geldes, worauf Bürgermeister Dimek antwortet, dass es sich um einen Zuschuss vom Landkreis handelt.

Im Folgenden werden Mengenanpassung im Bereich Bußgelder und eine Erstattung von der Kirche für Planungskosten für ein Baugebiet genannt.

Zur Aufwandsseite stellt Fachdienstleiter Schmalstieg zunächst einen Korrekturposten dar. Aufgrund neuerer Erkenntnisse soll der Ansatz Stadtentwicklung - Bauleitplanung – um 20 T€ erhöht werden.

Aufgrund von Spenden an die Feuerwehr kann für den Bereich First Responder eine Reduzierung auf der Aufwandsseite um 15 T€ eingeplant werden.

Ebenso sollen Sachkosten in Höhe von 30 T€ im Bereich Unterhaltung – über alle Produkte hinweg – eingespart werden. Bürgermeister Dimek betont, dass die Einsparungen durch eine detaillierte Überprüfung aller Unterhaltungspositionen erzielt wurden, wobei der Posten Unterhaltung Straßen von dieser Maßnahme ausgenommen worden ist.

Fachdienstleiter Schmalstieg erklärt, dass im Bereich Unterhaltung Spielplätze eine Reduzierung um 7 T€ nach Rücksprache mit FDL Scheckelhoff möglich sei, da die Mittel auskömmlich veranschlagt seien.

Bürgermeister Dimek ergänzt, dass für Ausbauspielplätze in Schwege und im Haushalt jeweils zusätzlich 50 T€ vorgesehen seien. Die Reduzierung um 7 T€ Euro beziehe sich ausschließlich auf die Unterhaltung, wo gegenüber den Vorjahren Einsparpotenziale gesehen wurde.

Fachdienstleiter Schmalstieg fasst zusammen, dass durch die Summierung der Mehrerträge und Minderaufwendungen ein Ergebniseffekt von 168.000 Euro erreicht werde, was eine Veränderung des Planergebnisses gegenüber dem Erstentwurf von minus 1.119.000 Euro auf minus 951.000 Euro bedeute.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass im unteren Teil der Tabelle die Einsparvorschläge der Fraktionen aufgeführt sind. Dies lediglich, um einschätzen zu können, wie nahe man einem fiktiven Haushaltsausgleich kommen könnte, ein echter Ausgleich sei ohnehin unwahrscheinlich.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass gemeinsam mit den Anträgen aus der Fraktion und den Gruppen ein fiktiven Haushaltsausgleich erreichbar sein könne, ohne damit vorwegzunehmen, welche Entscheidungen noch getroffen werden.

Fachdienstleiter Schmalstieg zeigt ein mögliches rechnerisches Ergebnis von 699.000 Euro auf. Die derzeitige Überschussrücklage per 31.12.2024 beträgt 746.347 Euro, sofern das Planergebnis des Haushaltes 2024 erreicht wird.

Bürgermeister Dimek ergänzt, dass bei einem Ergebnis von rund 700 T€ und einer Überschussrücklage von 746.000 Euro ein fiktiven Haushaltsausgleich erreichbar sein könne. Dies müsse nach Beschluss jedoch noch dem Landkreis zur Genehmigung vorgelegt werden.

Fachdienstleiter Schmalstieg und Bürgermeister Dimek betonen, dass es sich bei allen präsentierten Zahlen um Vorschläge der Verwaltung handelt und die Politik in der Diskussion selbstverständlich abweichende Entscheidungen treffen könne.

Ausschussmitglied Twyhues fragt nach den Einnahmen aus Windenergie und ob diese ausschließlich aus Bestandsanlagen stammen.

Bürgermeister Dimek antwortet, dass bereits Zubauten berücksichtigt wurden und konservativ ein Potenzial von 150.000 Euro angenommen werde.

Ausschussvorsitzender Pabst und Fachdienstleiter Schmalstieg diskutieren über die Notwendigkeit eines Beschlussvorschlags zu diesem TOP für die Ratssitzung.

Bürgermeister Dimek stellt klar, dass es sich um eine Beschlussempfehlung handelt, da nur der VA und der Rat Beschlüsse fassen können.

Ausschussvorsitzender Pabst erklärt, dass die Empfehlung einstimmig angenommen wurde und die Verwaltung nun mit den Vorschlägen weiterarbeiten könne.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Vorschläge der Verwaltung aus der vorgelegten Tabelle werden als Änderungspositionen zum Haushalt in den Entwurf eingearbeitet.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **11. Änderungsanträge zum Haushalt 2025 aus den vorhergehenden Fachausschüssen**

Der Tagesordnungspunkt 11 entfällt, da in den vorhergehenden Fachausschüssen keine Beratungen zum Haushaltsplanentwurf stattfanden.

**12. Änderungsanträge der Fraktion und Gruppen zum Haushaltsplan 2025 Bereich Finanzen-, Wirtschaftsförderung & Feuerwehr - Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 02/568/2025**

Ausschussvorsitzender Pabst nimmt Bezug auf die Anlage zu dieser Vorlage, die eine tabellarische Zusammenfassung der Anträge der Fraktion und der Gruppen enthält (**Anlage 00 Übersicht der Anträge der Fraktion und Gruppen zur Vorlage 02/568/2025**). Danach erteilt er Fachdienstleiter Schmalstieg das Wort.

Kämmerer Schmalstieg erklärt den Aufbau der Tabelle. Hier sind in Kurzform die Anträge der Fraktionen und Gruppen mit den jeweiligen Beschluss-vorschlägen aufgeführt. Die detaillierte Einsicht in jeden Antrag ist daneben jederzeit möglich.

Er erläutert, dass die Anträge in der Tabelle thematisch gruppiert sind, wobei als Beispiel der erste Block das Thema Gewerbesteuer umfasst. Anträge der CDU-Fraktion und der UWG/FDP-Gruppe sind im Ergebnis gleichlautend, während ein weiterer Antrag der SPD/Grünen-Gruppe darunter aufgeführt ist. In der Tabelle sind neben den Werten aus den Anträgen auch in weiteren Spalten Ergebniseffekte für den Haushalt aufgeführt.

Ausschussvorsitzender Pabst leitet zur Beratung der Anträge der Fraktion und der Gruppen über. Beraten werden die Anträge nacheinander in den vorgeschlagenen Blöcken. Es findet für jeden Antrag eine Beratung und Beschlussfassung statt.

In der **Anlage 4 zum Protokoll (Übersicht HH-Anträge 2025 Stand 3 FWFA Ergebnisse)** sind für jeden Antrag die Abstimmungsergebnisse zu den Empfehlungen des FWFA aufgeführt.

**Anträge zum Haushaltsansatz „Gewerbesteuer“:**

Bürgermeister Dimek spricht einen Antrag zur Erhöhung der Gewerbesteuer auf 4,5 Millionen an, über den abgestimmt werden könne, sofern keine Beratungsbedingungen bestehen. Ausschussmitglied Micke erklärt, dass die Erhöhung auf 4,4 Millionen vorgeschlagen wurde, da dies von Herrn Schmalstieg vorgeschlagen sei, und signalisiert Zustimmung zu einer Erhöhung auf 4,5 Millionen. Ausschussvorsitzender Pabst fasst zusammen, dass der Beschlussvorschlag die Erhöhung des Haushaltsansatzes bei der Gewerbesteuer von 4 auf 4,5 Millionen vorsehe. Fachdienstleiter Schmalstieg bestätigt, dass dies der Mengenansatz sei und eine Einzelabstimmung möglich wäre. Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

**Lfd. Nr. 1, Anlage 1 Antragsteller CDU**

Antrag 22 - Gewerbesteuer - Haushaltsansatz für die Gewerbesteuer von 4,0 Mio. Euro auf 4,5 Mio. Euro erhöhen

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

**Lfd. Nr. 2, Anlage 2 Antragsteller UWG-FDP**

Antrag 2 - Der Ansatz für die Gewerbesteuereinnahmen ist auf 4,5 Mio. zu erhöhen.

**Ergebnis:** inhaltlich gleichlautend mit lfd. Nr. 1 - Abstimmung s.o.

### **Lfd. Nr. 3, Anlage 13 Antragsteller SPD-Grüne**

Antrag 1 - Die SPD-/Grünen-Gruppe beantragt, den Ansatz der zu erwartenden Gewerbesteuer auf € 4,4 Millionen zu erhöhen.

**Ergebnis:** wird seitens der SPD an den o.a. weitergehenden Antrag CDU und UWG-FDP Gruppe angepasst

Ausschussvorsitzender Pabst leitet zum nächsten Antrag über, der Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer von 380 auf 400 Punkte durch die SPD/Grünen-Gruppe.

Ausschussmitglied Micke begründet dies mit der Konsequenz aus dem Vorjahr und dem Ziel, zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Ausschussmitglied Auf der Landwehr von der CDU Fraktion lehnt dies ab, da bereits eine Erhöhung im letzten Jahr stattgefunden habe und dies den Gewerbetreibenden nicht zuzumuten sei. Ausschussmitglied Gottlöber äußert ebenfalls Ablehnung für das laufende Haushaltsjahr, zeigt jedoch Gesprächsbereitschaft für das nächste Jahr an.

Ausschussmitglied Micke sieht keinen Grund, die Erhöhung nicht schon im aktuellen Jahr vorzunehmen, während Ausschussmitglied Twyhues die psychologischen Effekte einer solchen Erhöhung betont und eine strategische Diskussion über die Gewerbesteuer anregt.

Fachdienstleiter Schmalstieg weist darauf hin, dass die Gewerbesteuerentwicklung insgesamt positiv war, aber auch rückläufig sein könnte. Er weist fachlich darauf hin, dass ein Hebesatz von bis zu 400 v. H. für Personengesellschaften insgesamt ergebnisneutral ist.

Im Ergebnis zieht Ausschussmitglied Micke den Antrag zurück.

### **Lfd. Nr. 4, Anlage 14 Antragsteller SPD-Grüne**

Die SPD-/Grünen-Gruppe im Rat der Gemeinde beantragt, den Hebesatz der Gewerbesteuer von 380 auf 400 Punkten anzuheben

**Ergebnis:** Antrag zurückgezogen

### **Anträge zum Haushaltsansatz „Bekanntmachungskästen“:**

Ausschussvorsitzender Pabst erläutert den weitreichendsten Antrag der CDU, der vorsieht, die Bekanntmachungskosten von 16.000 Euro komplett zu streichen. Ausschussmitglied Auf der Landwehr begründet dies mit dem Hinweis, dass kein Bedarf für neue Bekanntmachungskästen bestehe und die bestehenden Kästen in Ordnung seien.

Ausschussmitglied Gottlöber hinterfragt den Zustand der Kästen und erwägt, auf einen Kasten verzichten zu können. Bürgermeister Dimek schlägt vor, einen nicht mehr ansprechenden Kasten am Parkring abzubauen, aber die Satzung müsse geändert werden, da aktuell drei Kästen vorgeschrieben sind.

Ausschussvorsitzender Pabst fasst zusammen, dass man sich auf die Streichung der Bekanntmachungskosten einigen könne. Er lässt zunächst über den weitergehenden Antrag abstimmen:

**Lfd. Nr. 5, Anlage 3 Antragsteller CDU**

Antrag 23 - Haushaltsansatz für das Jahr 2025 im Produkt I111210-10 „Bekanntmachungskästen“ in Höhe von 16.000,00 € ersatzlos zu streichen

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

**Lfd. Nr. 6, Anlage 4 Antragsteller UWG-FDP**

Antrag 1 - Der Ansatz für die Bekanntmachungskästen ist von 16.000 € auf 8.000 € zu kürzen.

**Ergebnis:** Antrag entfällt somit.

**Anträge zum Haushaltsansatz „Neubau Kita HHO“:**

Die CDU-Fraktion beantragt, den Haushaltsansatz von 1,5 Millionen Euro zu streichen und das Projekt „Neubau Kita HHO“ zwei Jahre zu verschieben.

Ausschussmitglied Auf der Landwehr begründet den Antrag damit, dass keine Kapazitäten für die Planung vorhanden seien und eine Verschiebung sinnvoll erscheine. Bürgermeister Dimek betont die Notwendigkeit, handlungsfähig zu bleiben, falls sich eine Gelegenheit für den Ankauf eines Grundstücks ergibt. Ausschussmitglied Micke unterstützt die Beibehaltung von 500.000 Euro für den Grundstücksankauf. Ausschussmitglied Gottlöber betont die Wichtigkeit des Projekts für die Eltern und die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Verwaltung.

Ausschussmitglied Twyhues thematisiert die Möglichkeit, einen Nachtrags-haushalt aufzustellen, um die Kita der HHO zu sanieren, und äußert Bedenken bezüglich eines möglichen Überangebots an Kitaplätzen. Er betont die Dringlichkeit des Umzugs der Kinder aufgrund des sehr schlechten Zustands des Gebäudes und unterstützt den Antrag der UWG/FDP-Gruppe, einen Betrag von 500.000 Euro bereitzustellen.

Ausschussmitglied Auf der Landwehr plädiert für eine Verschiebung des Projekts, berücksichtigt jedoch ebenfalls die Gefahr eines Überangebots an Kindergartenplätzen.

Fachdienstleiter Schmalstieg erläutert, dass ein Nachtragshaushalt erneut vom Rat beraten und beschlossen werden müsse. Einfacher wäre, einen ähnlichen Betrag z.B. in einen Haushaltsansatz „Flächenpool“ einzustellen, um die Verwaltung handlungsfähig zu halten, ohne einen Nachtragshaushalt aufstellen zu müssen.

Bürgermeister Dimek spricht sich dafür aus, den Ansatz für die Kita HHO beizubehalten, da die Gemeinde eine Verpflichtung gegenüber der HHO habe. Er plädiert dafür, den Betrag für die Kita HHO einzustellen und bei Bedarf für andere Projekte umzuschichten.

Ausschussvorsitzender Pabst leitet die Abstimmung über die Anträge zur Kürzung des Ansatzes für den Neubau der Kita HHO ein. Hierzu lässt er zuerst über den weitestgehenden Antrag abstimmen:

**Lfd. Nr. 7, Anlage 5 Antragsteller CDU**

Antrag 24 - Haushaltsansatz für das Jahr 2025 im Produkt I111732-01 „Neubau Kita HHO“ in Höhe von 1.500.000,00 € ersatzlos zu streichen und das Projekt um zwei Jahre zu verschieben

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	3
Nein:	4
Enthaltung:	0

**Lfd. Nr. 8, Anlage 6 Antragsteller UWG-FDP**

Antrag 5 - Der Ansatz Neubau Kita HHO in Höhe von 1,5 Mio auf 500.000 € zu kürzen. Der Baukostenansatz wird auf Folgejahre verschoben

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	4
Nein:	3
Enthaltung:	0

**Lfd. Nr. 9, Anlage 15 Antragsteller SPD-Grüne**

Antrag 3 - Die SPD-/Grünen-Gruppe im Rat der Gemeinde Glandorf beantragt, den Ansatz für den Bau der HHO-Kita aufs Folgejahr zu verschieben. Die für den eventuellen Ankauf eines Grundstückes vorgesehene Summe von 500.000.- Euro soll im Haushalt belassen werden

**Ergebnis:** SPD-Grüne schließt sich dem Antrag der UWG-FDP an

**Anträge zum Haushaltsansatz „Öffentliche Toilette“**

Der Antrag der CDU, den Ansatz für die öffentliche Toilette zu streichen und alternative Lösungen zu prüfen, wird diskutiert.

Bürgermeister Dimek erklärt, dass für ihn eine öffentliche Toilette im Bereich des Thieplatzes wichtig sei. Die Toilette an der Spielothek könne zwar von der Öffentlichkeit genutzt werden, allerdings mit Einschränkungen für Jugendliche unter 18 Jahren.

Ausschussmitglied Gottlöber äußert sich skeptisch zur Notwendigkeit einer öffentlichen Toilettenanlage in der aktuellen Haushaltslage und verweist auf seine persönliche Erfahrung, dass die bestehenden Möglichkeiten ausreichend seien.

Bürgermeister Dimek berichtet, dass die Verwaltung den Vorschlag für eine neue Toilettenanlage eingebracht hat, da am Wochenende Bedarf besteht und sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch auswärtige Gäste nach Toiletten fragen. Während der Öffnungszeiten können die Toiletten im Rathaus genutzt werden, jedoch ist dies von Freitagmittag bis Montag nicht möglich. Andere Kommunen im Südkreis verfügen über öffentliche Toilettenanlagen.

Die Kosten für eine solche Anlage in Bad Laer sind mit 150.000 Euro veranschlagt, wobei bekannt ist, dass sie auch günstiger gebaut werden können. Die laufenden Kosten liegen zwischen 3.000 und 5.000 Euro pro Monat. Die Idee ist, eine öffentliche Toilette zu schaffen, und die Verwaltung kann mit der Entscheidung leben, falls anders entschieden wird.

Ausschussmitglied Auf der Landwehr stellt die Frage, ob ein Vergleich mit Kurorten angemessen sei, worauf Bürgermeister Dimek antwortet, dass dies nicht unbedingt der Fall sei.

Ausschussmitglied Micke äußert, dass ihm die Kosten von 150.000 Euro zu hoch erscheinen, obwohl er grundsätzlich eine öffentliche Toilette für angebracht halte. Er sei jedoch der Meinung, dass der Antrag nicht durchdringen könne und schließt sich dem Vorschlag der Streichung des Ansatzes an.

Ausschussvorsitzender Pabst schlägt daraufhin vor, über den ersten Antrag abzustimmen, nämlich den Ansatz für die öffentliche Toilettenanlage in Höhe von 150.000 Euro zu streichen.

#### **Lfd. Nr. 10, Anlage 7 Antragsteller CDU**

Antrag 25 - den Haushaltsansatz für das Jahr 2025 im Produkt I511100-17 „Öffentliche Toilette“ in Höhe von 150.000,00 € zu streichen und stattdessen alternative Lösungen wie die „Nette Toilette“, die Nutzung der bestehenden Toiletten an der Windmühle oder andere kostengünstige Möglichkeiten zu prüfen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

#### **Lfd. Nr. 11, Anlage 8 Antragsteller UWG-FDP**

Antrag 6 - Der Ansatz für den Bau der öffentlichen Toiletten in Höhe von 150.000 € ist zu streichen

**Ergebnis:** Abstimmung s.o.

#### **Lfd. Nr. 12, Anlage 16 Antragsteller SPD-Grüne**

Antrag 4 - Die SPD-/Grünen-Gruppe im Rat der Gemeinde Glandorf beantragt, den Ansatz für die Öffentliche Toilette (511100-17 ) von 150.000.- Euro auf 100.000.- Euro zu senken.

**Ergebnis:** schließt sich den o.a. Anträgen an

#### **Anträge zum Haushaltsansätzen „Förderprogramme Dachbegrünung und Zisternen“**

Ausschussmitglied Gottlöber erklärt, dass der Antrag der SPD weiterreichend sei, da es um eine Streichung gehe, während die UWG von einem Aussetzen spreche.

Ausschussmitglied Micke erklärt, dass die Programme kaum genutzt würden und es daher sinnvoll sei, sie zu streichen, da dies auch die Verwaltungsarbeit vereinfache. Ausschussmitglied Auf der Landwehr und Ausschussmitglied Gottlöber stimmen zu, dass die Förderungen nicht mehr relevant seien und unterstützen den Antrag auf Streichung.

Ausschussvorsitzender Pabst bittet um eine Abstimmung über den weitergehenden Antrag der SPD Grünen Gruppe, die Zuschüsse für die Förderprogramme zu streichen.

#### **Lfd. Nr. 14, Anlage 17 Antragsteller SPD-Grüne**

Antrag 5 - Die SPD-/Grünen-Gruppe im Rat der Gemeinde beantragt, die Zuschüsse für die Zisternen (Produkt 533100 ) und Dachbegrünungen (Produkt 522100 ) zu streichen

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

### Lfd. Nr. 13, Anlage 9 Antragsteller UWG-FDP

Antrag 2 - Die Förderprogramme Dachbegrünung in Höhe von 5000 € und Zisternen in Höhe von 5000 € sind bis auf weiteres auszusetzen.

**Ergebnis:** Abstimmung s.o.

### Anträge zu den Haushaltsansätzen „Photovoltaikanlagen“

Zum Antrag der UWG/FDP-Gruppe, den Ansatz für die PV Anlage der LUWI von 70.000 auf 50.000 Euro zu kürzen, äußert Ausschussmitglied Gottlöber, dass die Module günstiger geworden seien und hinterfragt die Notwendigkeit des ursprünglichen Ansatzes. Bürgermeister Dimek gibt an, dass die Verwaltung mit einem Ansatz von 50.000 Euro leben könne, da die Preise gesunken seien. Es müsse eine Planung in Auftrag gegeben werden, um die genauen Kosten zu ermitteln.

Ausschussmitglied Micke betont, dass durch den Einsatz von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) an Schulen erhebliche Stromkosten eingespart werden können. Der Fokus liegt auf der Reduzierung der Stromkosten durch Eigenverbrauch, während die Einspeisung ins Netz von untergeordneter Bedeutung ist. Ausschussmitglied Twyhues hebt ebenfalls hervor, dass der Eigenverbrauch im Vordergrund steht und nicht die Einspeisevergütung.

Ausschussmitglied Micke unterstützt den Antrag der UWG/FDP-Gruppe und weist darauf hin, dass der aktuelle Ansatz zu hoch sei. Ausschussvorsitzender Pabst fragt nach weiteren Meinungen, während Ausschussmitglied Auf der Landwehr Zustimmung zum Vorschlag der UWG signalisiert.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass der erste Schritt die Beauftragung eines Planers zur Prüfung der Machbarkeit ist.

Ausschussmitglied Twyhues ergänzt die Diskussion um den Zubau von Photovoltaik und erwähnt, dass aufgrund der starken Zunahme von PV-Anlagen und Windkraftanlagen eine Netzüberlastung drohen könnte, wenn gleichzeitig viel Sonne und Wind vorhanden sind. Er weist darauf hin, dass Speicherlösungen für Energie extrem wichtig seien und schnell umgesetzt werden müssten, um die Netze zu entlasten.

Ausschussmitglied Micke berichtet von persönlichen Erfahrungen mit einer eigenen PV-Anlage und einem Speicher, durch die er seine Stromkosten signifikant senken konnte. Er sieht darin ein deutliches Einsparpotenzial und empfiehlt, dieses auch nach außen zu kommunizieren, da es ein positives Bild von grünem Strom für Schulen vermittele.

Abschließend leitet Ausschussvorsitzender Pabst zur Abstimmung über folgenden Antrag über:

### Lfd. Nr. 16, Anlage 11 Antragsteller UWG-FDP

Antrag 7 - Der Ansatz für PV-Anlage der LUWI ist von 70.000 € auf 50.000 € zu kürzen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

Ausschussmitglied Gottlöber spricht sich für die Streichung einer geplanten PV-Anlage am Rathaus aus, da noch zu viele Fragen offen seien, insbesondere im Hinblick auf mögliche Umbaumaßnahmen am Rathaus.

Bürgermeister Dimek sieht die Notwendigkeit, die Planung für das Rathausdach abzuwarten, bevor weitere Schritte unternommen werden. Erst müsse geklärt werden, was mit den Arbeitsplätzen im Rathaus geschehe, bevor eine Entscheidung über die Installation einer PV-Anlage getroffen werden könne.

#### **Lfd. Nr. 17, Anlage 12 Antragsteller UWG-FDP**

Antrag 8 - Der Ansatz für den Bau der PV-Anlage auf dem Rathaus in Höhe von 30.000 € ist zu streichen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

### **13. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2025 - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/571/2025**

Bürgermeister Dimek und Kämmerer Schmalstieg erläutern, dass mit diesem Beschlussvorschlag die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2025 unter Berücksichtigung der heutigen Empfehlungen verabschiedet werden sollen. Die unter Berücksichtigung der heutigen Empfehlungen aufbereiteten Zahlen werden zum VA und dann zur Ratssitzung vorliegen.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass bei dem Stand der derzeitigen Beratungen trotz eines Defizits voraussichtlich ein fiktiver Haushaltsausgleich durch die Inanspruchnahme der Überschussrücklage erreicht werden könne.

Somit könnte nachzeitigem Stand auf die Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes beim Landkreis Osnabrück verzichtet werden.

Die endgültige Entscheidung trifft der Gemeinderat in der Sitzung am 18. Februar. Anschließend die Kommunalaufsicht als Genehmigungsbehörde.

Abschließend lässt der Ausschussvorsitzender Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Jahr 2025 wird verabschiedet. \_

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **14. Anfragen und Anregungen**

Es werden keine Anfragen und Anregungen gestellt.

### **15. Schließung der Sitzung**

Mit Dank an alle Teilnehmer schließt der Ausschussvorsitzende Marius Pabst die Sitzung um 21:02 Uhr.

gez. Marius Pabst  
Vorsitzender

gez. Dirk Schmalstieg  
Protokollführer